

Dieter Segert

Europa zweigeteilt?

Unterschiede der politischen Kulturen

Altes und neues Europa?

Der ehemalige US-amerikanische Verteidigungsminister Donald Rumsfeld sprach vom „alten und neuen Europa“. Das war im Vorfeld des Irakkrieges 2003 und begleitete seinen Versuch, zwischen die Länder der Europäischen Union einen Keil zu treiben und keine geschlossene Widerstandsfront gegen die Politik der USA aufkommen zu lassen. Aber ungeachtet der konkreten Absicht Rumsfelds: Ist an diesem Ausspruch nicht was dran?

**Taktische
Verwendung
des Begriffs**

Der Historiker Oskar Halecki hatte bereits vor über fünfzig Jahren von Alt- und Neuropa gesprochen, er meinte allerdings damit die Unterscheidung zwischen dem lateinischen und dem byzantinischen Europa. Diese Teilung entstand in der Krise des römischen Imperiums, als sich dieses in West- und Ostrom spaltete. „Alteuropa“ war aus seiner Sicht der Teil Europas, der aus Westrom entstand, „Neueuropa“ der entsprechende andere. Also hier aus ganz anderen Gründen ebenfalls eine Unterscheidung. Für die publizistische Deutung von Ereignissen in Osteuropa wird diese nicht selten auch heute noch herangezogen. Darauf werde ich noch zurückkommen.

Die Unterschiedlichkeit der politischen Kulturen in Europa ist wohl eher keine Überraschung, zumindest dann nicht, wenn man politische Kultur als Muster subjektiver Orientierungen innerhalb von Nationen oder Teilgruppen gegenüber der Politik auffasst. In Europa drängen sich besonders viele Nationen auf kleinem Raum, die meisten von ihnen haben eine lange Geschichte, einige davon waren zu unterschiedlichen Zeiten regionale oder europäische Vormächte. Vielfalt heißt allerdings noch nicht Entgegensetzung in zwei Gruppen – woher kommt die festgestellte Zweiteilung? Und vor allem: Wie lässt sie sich erklären?

**Viele
Nationen auf
engem Raum**

Die Unterschiedlichkeit der europäischen Länder am Beispiel des Irakkrieges

Die von Rumsfeld beschriebene Unterschiedlichkeit der Politik von EU-Staaten ist ja zunächst eine gegenüber der damaligen Außenpolitik der USA. Daran muss nach über fünf Jahren vielleicht schon erinnert werden. Nach dem 11. September 2001 (dem Einsturz der New Yorker Twin-Towers aufgrund eines Terroranschlags) erklärte die damalige US-Administration einen „Krieg gegen den Terror“. Zunächst erreichte sie auch eine relativ große Zustimmung in aller Welt, v.a. im Lager der traditionellen Verbündeten aus Europa und Nordamerika. Diese Unterstützung trug den Krieg gegen die Taliban in Afghanistan, welche den Hauptverantwortlichen für den Terroranschlag, dem Netzwerk Al-Kaida, Unterschlupf gewährten. In Afghanistan lagen die Hauptausbildungslager dieser Gruppierung. Differenzen zeigten sich erst, als ein in bestimmten Kreisen der USA schon lange debattierter Krieg gegen Saddam Hussein, also gegen den Irak, im Oktober 2002 zum weiteren Schritt des Kampfes gegen den Terror deklariert wurde. Hussein

**Allgemeine
Unterstützung für
Afghanistan-
Krieg**

Britische Unterstützung für Irakkrieg

hätte, so die Behauptung, sich als Unterstützer von Al-Kaida erwiesen. Andere Argumente, v.a. die Existenz von Massenvernichtungswaffen (z.B. Atomwaffen) im Irak, wurden später nachgeschoben, um den militärischen Angriff zu legitimieren. An die Seite der USA trat zunächst Großbritannien, das eigene Analysen über Atomwaffen, die sich angeblich in den Händen Saddam Husseins befänden, vorlegte (welche sich allerdings später ebenfalls als nicht haltbar erwiesen).

Frankreichs Veto

Frankreich hingegen wollte unzweifelhafte Belege für die behauptete Produktion oder den Besitz von Massenvernichtungswaffen und glaubte nicht an die Unausweichlichkeit eines Krieges. Es strebte eine Fortsetzung der seitens der UNO geführten Waffenkontrollen gegenüber dem Irak an und drohte, im Sicherheitsrat gegen eine Resolution zur Unterstützung eines Krieges sein Veto einzulegen.

Wahlkampf in Deutschland

Deutschland hatte sich unter seinem sozialdemokratischen Kanzler Gerhard Schröder schon im Sommer 2002 gegen einen Krieg gestellt, wobei diese Haltung durch einen Wahlkampf bedingt war, den die Sozialdemokraten schon fast verloren geglaubt hatten, dann aber noch sehr knapp gewannen. Der Widerstand in der deutschen Öffentlichkeit gegen den Krieg und die Unterstützung der Haltung Schröders durch eine Mehrheit der Bevölkerung waren wichtige Gründe dafür.

Fragile Einheit der EU-Außenpolitik

Im Januar 2003 bekräftigten die deutsche und französische Regierung ihre gemeinsame Politik und Zusammenarbeit. In dieser Situation versuchten US-amerikanische PolitikerInnen, v.a. aber Donald Rumsfeld, die sowieso fragile Einheit der EU-Außenpolitik dadurch weiter zu schwächen, dass sie die genannte Front zwischen dem „alten“ und „neuen“ Europa aufmachten: Ein deutlicher Ausdruck war ein Brief von acht EU-Staaten (u.a. Spanien, Großbritannien und Italien sowie drei neue EU-Mitgliedstaaten) zur Unterstützung der amerikanischen Position. Zehn Staaten der sogenannten „Vilnius-Gruppe“ – alle Beitrittskandidaten aus dem Osten bzw. Südosten Europas, die NATO-Mitglieder sind und sich einige Jahre zuvor in Vilnius zu einer informellen Gruppe vereinigt hatten – schlossen sich am 5. Februar 2003 dem an. Damit waren alle acht neuen EU-Mitgliedstaaten aus Osteuropa auf der Seite der USA: Das sei, so Rumsfeld, das neue Europa. Der alte, müde Teil des Kontinents, sei nicht mehr bereit und in der Lage, den Wert der Freiheit im Krieg zu verteidigen – so wurde die Gegenseite denunziert.

Spalt zwischen „altem“ und „neuem“ Europa

Die USA und ihre Verbündeten konnten den UNO-Sicherheitsrat nicht von ihrer Position überzeugen. Die durch den damaligen US-Außenminister Colin Powell vorgelegten fragwürdigen Beweise für Atomwaffen wurden aber in der US-Öffentlichkeit genutzt, um Stimmung für den Krieg zu machen, der am 18. März 2003 ohne Legitimierung durch die UNO begann.



Etwa 500.000 Menschen nahmen am 15. Februar 2003 in Berlin an einer Demonstration gegen einen möglichen Irakkrieg der USA teil.

© Christian Bach/ullstein bild/picturedesk.com

Ein wichtiges Ergebnis dieses Konfliktes war die sichtbar werdende Spaltung der EU-Mitglieder in jene, welche die USA auch bei militärischen Abenteuern unterstützen, und solche, die dazu weniger bereit sind. Die Bevölkerung besonders der westeuropäischen Staaten war in jenen Wochen und Monaten gegen den Krieg mobilisiert und protestierte mit einer Kette großer Kundgebungen, v.a. am 15. Februar 2003. Die Proteste in Ostmittel- und Südosteuropa fielen dagegen weniger deutlich aus. Die Zustimmung zur Unterstützung der amerikanischen Außenpolitik durch ihre Regierungen reduzierte sich in den folgenden Jahren auch langsamer als in der Bevölkerung Westeuropas.

Insofern muss dann doch genauer nachgefragt werden: Wie können diese Unterschiede in den politischen Orientierungen der jeweiligen Bevölkerung der verschiedenen Teile Europas erklärt werden? Was speziell liegt den Unterschieden zwischen den beiden Teilen Europas, zwischen *dem Westen* und *dem Osten*, zugrunde?

Unterschiedliche Orientierungen in Ost und West

Beispiele für die politisch-kulturelle Unterschiedlichkeit von West- und Osteuropa

Politisch-kulturelle Unterschiede bilden sich meist über längere historische Zeiträume, wobei traumatische Ereignisse der nationalen Geschichte in der jüngsten Vergangenheit besonders prägend sind. Im Folgenden sollen anhand einiger Beispiele mögliche Erklärungen für stabilere Unterschiede zwischen den subjektiven politischen Orientierungen in Ost- und Westeuropa gegeben werden.

Mögliche Erklärungen für Unterschiede

Beispiel 1: Unterschiedliche Beziehungen von Ost und West zu den USA und Russland

Generell lässt sich für Osteuropa feststellen, dass die Beziehung zu den USA stärker von Vertrauen und die zu Russland stärker von Skepsis geprägt ist als in der westeuropäischen Bevölkerung. Die Beziehung Polens, eines der größten Staaten Osteuropas, ist in dieser Hinsicht besonders prägnant. Einerseits ist man bereit, die USA außenpolitisch zu unterstützen, wie sich nicht nur im Irakkrieg, sondern auch in den letzten Jahren wieder an der Stationierung einer amerikanischen Raketenbatterie zur Abwehr von iranischen Raketen (so die offizielle Begründung) gezeigt hat. Andererseits wird jede Gelegenheit genutzt, Russland als aggressiv und gefährlich darzustellen. Letzteres lässt sich besonders gut an der aktiven Unterstützung von Gegnern Russlands wie dem georgischen Präsidenten Sakaschwili belegen. Die politische Klasse Tschechiens, wenn auch abgeschwächt, weist in ihrer außenpolitischen Orientierung ähnliche Tendenzen auf. In Bulgarien, einem lange mit Russland eng verbundenen Staat, sind in den letzten Jahren große Militärstützpunkte der US-Armee entstanden.

Osten: Vertrauen in USA

Misstrauen gegenüber Russland

Auf der anderen Seite sahen wir schon die unterschiedliche Haltung Deutschlands und Frankreichs zur Außenpolitik der USA im Irak, ihre Bereitschaft, die Interessen Russlands in europäischen Entscheidungen stärker zu berücksichtigen, ist ebenfalls bekannt.

Interessen Russlands in Europa

Beispiel 2: Holocaust als gemeinsame europäische Erinnerungskultur?

Die Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen durch die NationalsozialistInnen und die mit ihnen kollaborierenden Kräfte aus anderen europäischen Staaten in den Jahren des Zweiten Weltkriegs ist ein wichtiges Ereignis der europäischen Geschichte. Die Auseinandersetzung damit und mit der eigenen Verstrickung darin ist nicht nur für Deutsche und ÖsterreicherInnen, sondern auch für viele weitere WesteuropäerInnen ein wichtiger Baustein einer europäischen Identität. Blickt man nach Osten, so erlebt man seit zwei Jahrzehnten eine verstärkte Beschäftigung mit diesen historischen Ereignissen. Allerdings werden hier andere Akzente als im Westen sichtbar. In Polen wird beispielsweise über die eigene Verantwortung für Pogrome an den Juden und Jüdinnen heftigst gestritten, so wie im Fall des → Pogroms von Jedwabne. Und die entsprechenden Erinnerungsstätten für den Mord an der jüdischen Bevölkerung sind in den Staaten Osteuropas meist ergänzt durch Erinnerungsstätten, in denen der Opfer der kommunistischen Diktatur gedacht wird, so auch im Falle des ungarischen → Terror-Haus-Museums. Es scheint uns WesteuropäerInnen, dass hier nicht nur zwei Ereignisse verglichen werden sollen, die schwer zu vergleichen sind, sondern dass damit der Holocaust mit dem Verweis auf andere Verbrechen relativiert wird. So ist es im Baltikum (Estland, Lettland, Litauen). Ein solches zweigeteiltes Gedenken lässt sich aber auch in Kroatien feststellen, wo einerseits der Opfer im → KZ Jasenovac (SerbInnen, antifaschistische KroatInnen, Roma sowie Juden und Jüdinnen),

Baustein einer (west-) europäischen Identität

Im Osten andere Akzente

Auch Erinnerung an Opfer des Kommunismus

betrieben vom → Ustaša-Staat, gedacht wird. Andererseits wird an die Opfer erinnert, die umkamen, als die britischen Truppen kroatische Flüchtlinge aus Bleiburg an die jugoslawische Volksarmee auslieferten. Die Opfer beider Fälle wurden in der kroatischen Debatte in den 1990er-Jahren gegeneinander aufgerechnet. Eine ähnlich klare Opfer-Täter-Erzählung wie im Falle des Holocaust in den meisten westeuropäischen Staaten herzustellen, wird in Osteuropa im Rahmen einer nationalen Erinnerungspolitik offensichtlich nicht angestrebt.



Das Holocaust-Denkmal in Berlin
© AP Photo/Markus Schreiber



Denkmal zum Gedenken an die Opfer
des Konzentrationslagers Jasenovac
1941–1945 © AP Photo/Darko Bandic

Beispiel 3: Osis und Wessis in Deutschland

**Assimilation
einer
Gesellschaft**

Anders als in anderen post-sozialistischen Ländern geschah in der DDR der Systemwechsel über den Weg der Assimilation der einen deutschen Gesellschaft in jene zweite, die wirtschaftlich erfolgreicher gewesen war. Das hatte Vor- und Nachteile für die BewohnerInnen des östlichen Landesteils, führte aber v.a. zu unterschiedlichen politischen Identitäten in Deutschland: In den Begriffen der „Osis“ (die BewohnerInnen der früheren DDR) und der „Wessis“ (die BewohnerInnen der alten Bundesrepublik) werden diese fixiert. Schon früh wurden deutliche Unterschiede in der Bewertung des Zustandes der bundesdeutschen Demokratie oder in der Wahrnehmung des jeweils anderen Landesteiles festgestellt, bis hin zur Zuschreibung von unterschiedlichen Charaktereigenschaften zur eigenen und zur jeweils anderen Gruppe. In einer Untersuchung Anfang der 1990er-Jahre erschienen die „Wessis“ bereits als „arrogant, überheblich und angeberisch“, als „oberflächlich“, als „egoistisch“, die „Osis“ andererseits als „faul“ und „unsagbar spießig“, als „vertrauensselig, schüchtern, unerfahren“.¹ Bis heute hat sich daran wenig verändert. Inzwischen werden die Vorurteile über die Bevölkerung des jeweils anderen Teils von vielen PolitikerInnen in den Wahlkämpfen mobilisiert und instrumentalisiert. Deutschland ist im Sinne der politischen Kultur heute immer noch eine geteilte Gesellschaft. Zeigt sich hierin nicht auch ein Wiederhall der konstatierten Unterschiedlichkeit der beiden Hälften Europas? Ich jedenfalls vermute es.

**Deutliche
Unterschiede
früh
thematisiert**

**Instrumentali-
sierung durch
Politik**

**Wurzel
Kalter Krieg**

Begründung für Beurteilung der politischen Kultur in Europa

Meine Deutung jener Tendenz zur Zweigeteiltheit der politischen Kultur Europas sieht ihre Wurzeln im Kalten Krieg, in dem die beiden Hälften des Kontinents extrem unterschiedliche Wege gingen. Hier sind im Osten auch Hoffnungen gegenüber den USA entstanden, die heute weiterwirken. Nach 1989 wurden diese Unterschiede teils konserviert, teils zur Grundlage von Deutungen der eigenen Identität in den schmerzhaften wirtschaftlichen und sozialen Transformationsprozessen jener Gesellschaften genommen.

Es hat wenig Sinn, der jeweils anderen Seite ihre subjektive Orientierung auf Politik vorzuwerfen, wie es mitunter in den Auseinandersetzungen um den Gegensatz zwischen „altem“ und „neuem“ Europa geschehen ist – etwa als der damalige französische Präsident Jacques Chirac Polens außenpolitische Entscheidungen im Vorfeld des Irakkrieges 2003 als Undankbarkeit gegenüber den alten EU-Staaten deutete, die sich für die Osterweiterung eingesetzt hatten. Das wurde – selbstverständlich – in Polen als arrogant empfunden.

**Gegenseitige
Vorwürfe
sinnlos**

Als schwieriges politisches Problem bleibt, dass die unterschiedliche Bewertung von Politik und das verschiedenartige subjektive Verständnis politischer Prozesse die Formulierung gemeinsamer Interessen der neuen und alten EU-Mitgliedstaaten behindern. Wie also damit umgehen?

Wie mit der Zweiteilung der politischen Kultur in Europa umgehen? Aufgaben der Politischen Bildung

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass es sich bei den heutigen politisch-kulturell bedingten Konflikten zwischen den alten und neuen EU-Mitgliedstaaten keinesfalls um eine Festbeschreibung einer Zweiteilung handelt, die seit dem 4. Jahrhundert, also dem Zeitpunkt der Verlagerung der Hauptstadt Roms durch Konstantin ins heutige Istanbul, existiert hat. Daraus ergäbe sich keine solch deutliche Teilung in Orientierungen zwischen den neuen und den alten Mitgliedstaaten. Ostkirchliche Traditionen sind nicht für das ganze heutige Osteuropa prägend. Die beschriebenen politisch-kulturellen Trennlinien lassen sich besser begründen aus den teilweise traumatischen Erfahrungen während der Jahrzehnte zwischen 1945 und dem Ende des 20. Jahrhunderts, in denen den Bevölkerungen in Osteuropa in den Jahren des Staatssozialismus, die in einigen Ländern heute als sowjetische Okkupation gedeutet werden, und während des umfassenden und sehr raschen Systemwechsels erhebliche Belastungen auferlegt wurden, Interessen- und Identitätskonflikte ihre Spuren hinterließen. Angesichts der jüngeren Entstehungszeit ist es durchaus möglich, dass die heutigen Gegensätze auch nur noch einige Jahrzehnte halten. Aber das hängt nicht nur von der einen Seite ab. Die letzten Jahrzehnte verliefen auch in den westlichen Gesellschaften nicht ohne traumatische Prägungen: Auch dort hat es teilweise radikale Brüche der Entwicklung gegeben, die Diktaturen in Südeuropa, Spanien, Portugal und Griechenland, wurden Mitte der 1970er-Jahre durch Demokratien abgelöst. Auch der Fall des „Eisernen Vorhangs“ 1989 veränderte das Leben insbesondere in den Staaten, die an Osteuropa grenzten, wie Österreich, die BRD oder Finnland, erheblich. Schließlich veränderte sich der Alltag vieler Menschen in den westlichen Staaten, als es ab Ende der 1970er-Jahre zum Abbau des Wohlfahrtsstaates kam. Das Beharren auf der eigenen Sicht ist auch auf westlicher Seite häufig kein Ausdruck von Souveränität, sondern von Verunsicherung der eigenen Identität und Ausdruck tief greifender Ängste. In solchen Krisen besteht immer die Gefahr, dass man sich auf den Kern der eigenen Interessen und Identitäten zurückzieht. Mehr Souveränität bei der Suche nach Kompromissen sollte allerdings von den stabileren und wirtschaftlich stärkeren EU-Mitgliedstaaten zu erwarten sein.

**Aktuelle
Konflikte mit
aktuellen
Hinter-
gründen**

**Traumata des
Westens**

**In Krisenzei-
ten Rückzug**

Politische Bildung kann in diesem Prozess nur eine relativ marginale Rolle spielen. Sie ist bestenfalls in der Lage, subjektive Voraussetzungen für politische Lösungen zu schaffen. Ihr Ziel kann nicht sein, Gegensätze des politischen Verhaltens durch Aufklärung einzuheben. Sie soll eher die Fähigkeit zur Formulierung von Kompromissen verbessern. Solche subjektiven Voraussetzungen sind Wissen, Erfahrungen und Reflektionsfähigkeit.

**Aufgabe für
Politische
Bildung**

Zunächst ist es unerlässlich, sich mit der Geschichte der anderen zu beschäftigen. Im schulischen Geschichtsunterricht sollte Wissen über die Geschichte nicht nur der großen

**Wissen über
die anderen**

Staaten des Westens, sondern auch der historisch bedeutenden Staaten Osteuropas, wie Russland und Polen, vermittelt werden. Natürlich sind die Nachbarstaaten für den alltäglichen Umgang miteinander besonders wichtig, und hier sind es in einem mitteleuropäischen Land wie Österreich zum größeren Teil kleine ostmitteleuropäische Staaten, die durch eine teilweise jahrhundertelange gemeinsame Geschichte im Rahmen des Habsburgerreiches vereint und zugleich auch getrennt sind. Nicht für alle, aber doch für besonders Interessierte und Begabte ist die Kenntnis von Sprachen jener Nachbarn eine wichtige Chance.

- Vorurteile überwinden** Politische Bildung kann helfen, die Vorurteile gegenüber den Fremden zu überwinden. Das lässt sich mitunter durch Filme aus den Nachbarstaaten und über sie besser erreichen als durch Vorträge. Und die eigene Erfahrung, die durch eigenes Erleben im anderen Land erworben wird – durch Austausch, einen längeren Auslandsaufenthalt als Gruppe, einzelne/r Jugendliche/r oder junge/r Erwachsene/r –, ist in diesem Zusammenhang unersetzlich.
- Souveräne eigene Position** Vielleicht am schwierigsten ist es, in diesem Prozess der Bildung und Reflexion auch die eigene Position, die spezifischen Interessen und Wertorientierungen der eigenen Gesellschaft und deren spezifische Grenzen besser zu erkennen. Dabei geht es nicht etwa darum, die als wichtig empfundenen eigenen Werte durch die des Gegenübers zu ersetzen, sondern es geht um ein tieferes Verstehen der eigenen Position und woraus sie sich entwickelt hat. Wenn man das kann, dann lässt sich auch leichter nach Kompromissen Ausschau halten.

Dieter Segert, Univ.-Prof. Dr.

Jahrgang 1952, Studium der Philosophie in Berlin (DDR) und Moskau. Arbeit als Hochschullehrer u.a. an der Humboldt-Universität Berlin, der Karls-Universität Prag und seit 2005 an der Universität Wien, Institut für Politikwissenschaft. Autor u.a. von „Die Grenzen Osteuropas“ (2002) und „Prager Frühling. Gespräche über eine europäische Erfahrung“ (2008).

1 Rehberg, Karl-Siegbert: Ost-West, in: Lessenich, Stephan/Nullmeier, Frank (Hrsg.): Deutschland, eine gespaltene Gesellschaft. Frankfurt a.M. 2006, S. 209–233, hier S. 223.

Weiterführende Literatur

Ahbe, Thomas: Die Konstruktion der Ostdeutschen. Diskursive Spannungen, Stereotype und Identitäten seit 1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 54, Nr. 41–42 (2004), S. 12–22.

Czempiel, Ernst-Otto: Die Außenpolitik der Regierung George W. Bush, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 54, Nr. 45 (2004), S. 15–20.

Segert, Dieter: Die Grenzen Osteuropas. Frankfurt a.M. 2002.



ONLINEVERSION

Ergänzende Informationen zu diesem Artikel finden Sie in der Onlineversion der *Informationen zur Politischen Bildung* auf www.politischebildung.com

- ▶ Kasten: Offener Brief der acht EU-Länder zum Irak im Wortlaut
- ▶ Grafik: Gegenseitige Wahrnehmungen West- und Ostdeutscher

POLITISCHE KULTUR IN DEN USA

“The maintenance of democratic institutions in the United States is attributable to the circumstances, the laws, and the manners of that country. Most Europeans are acquainted with only the first of three causes, and they are apt to give it a preponderant importance which it does not really possess”.

Alexis de Tocqueville, *Democracy in America*, 1835

Im Verständnis der USA gibt es oft Missverständnisse und Fehlinterpretationen. Gründe dafür sind zum einen das Denken in europäischen Konzepten, die für die USA nur beschränkte Gültigkeit besitzen, zum anderen historische Erfahrungen wie Unabhängigkeitskrieg und Einwanderergesellschaft.

Freiheit und Gleichheit als zentrale und oft kollidierende Werte

BürgerInnen, die einen revolutionären Krieg gegen eine monarchische Kolonialmacht geführt haben und/oder in ihren Heimatländern negative Erfahrungen mit der herrschenden Obrigkeit machten, sind oftmals vom Freiheits- und Gleichheitsdenken erfüllt. Das System der USA ist daher individualistisch und → liberalistisch (im Sinne des englischen Begriffes, nicht nach dem US-Verständnis von liberal als linksorientiert) angelegt. Staatliche Eingriffe wie die Anti-Terror-Gesetze nach dem 11. September 2001 oder gar durch schwere Finanzkrisen bedingte Wirtschaftsregelungen der nationalen Regierung nach 1930 und 2008/09 widersprechen eigentlich dem US-amerikanischen Selbstverständnis.

Zugleich ist kaum eine Gesellschaft derart von sozio-ökonomischen Ungleichheiten geprägt, sodass auch nach der Wahl Barack Obamas zum Präsidenten 2008 das Bild der ethnischen und kulturellen Offenheit trägt. Das Zusammenleben der Gruppen ist durch eine hochgradige Gettoisierung gekennzeichnet. Die BürgerInnen europäischer Abstammung befinden sich unverändert gegenüber ihren Landsleuten mit afro-amerikanischen, hispanischen oder asiatischen Wurzeln im Vorteil. In der öffentlichen Diskussion stehen die Stichworte *casino society* bzw. *winner takes all-society* für eine zunehmende soziale Härte im ökonomischen Wettbewerb. Zur sozialen Ungleichheit kommt eine regionale Differenzierung zwischen dem Nordosten und dem „neuen“ Süden sowie zwischen den Küstenregionen und dem Landesinneren.

Unzulänglichkeit von Links-rechts-Schemata

Freiheit und Gleichheit als zentrale – politische und ökonomische – Werte ersetzen im politischen Denken „rechte“ oder „linke“ Ideologien. Dieser Amerikanismus verhinderte meistens eine ideologische Polarisierung und hat primär eine integrations- und identitätsstiftende Funktion (*american creed*). Ein Kennzeichen des politischen Systems der USA ist



Um die Angelobung von Barack Obama als 44. Präsident der USA am 20. Jänner 2009 in Washington, DC, entstand ein regelrechter Hype. Es wurden vier Millionen Menschen dazu erwartet. Nach der Angelobung von Barack Obama jubelten trotz Minusgraden unzählige jubelnde und Fahnen schwingende Menschen ihm und seiner Frau Michelle auf deren Weg über die Pennsylvania Avenue zu. Obama ist der erste schwarze Präsident der USA. David GirardiCarlo, der 2009 scheidende republikanische US-Botschafter in Wien, sieht in der Wahl Obamas die Verwirklichung des amerikanischen Traumes. „Es spielt keine Rolle, wer deine Eltern sind, es spielt keine Rolle, ob du Geld hast oder nicht. Wenn du talentiert bist und die Menschen inspirierst, kannst du Präsident werden.“¹

© DOUG MILLS – POOL / EPA / picturedesk.com

daher die fehlende Ausprägung von typisch sozialistischen bzw. sozialdemokratischen und christlich-konservativen Parteien.

Das Verhältnis zwischen RepublikanerInnen und DemokratInnen hat sich zwar in der Regierungszeit von George Bush jr. seit 2001 stark polarisiert, doch zuvor wurden beide als „Allerweltparteien“ (*catch all parties*) eingestuft. In Links-rechts-Begriffen – in den USA sind die Bezeichnungen *liberal* und *conservative* gebräuchlich – ist auch heute eine Kategorisierung der RepublikanerInnen als Mitte-rechts-Partei möglich, doch sind die DemokratInnen – als zweite Mitte-rechts-, Mitte-links- oder neutrale Zentrums-partei? – nicht so leicht einzuordnen. Sogar innerhalb der RepublikanerInnen kann zwischen vergleichsweise liberalen, gemäßigt konservativen und, vor allem im Süden und Westen, militant rechtskonservativen Gruppierungen unterschieden werden.

POLITISCHE KULTUR IN DEN USA

Eine Erklärungshypothese für die Unzulänglichkeit der Links-rechts-Schemata behauptet, dass die Parteien ein Spiegelbild der US-Gesellschaft bilden, die aus ihrer Geschichte von der Unabhängigkeitsbewegung bis zur Sklaverei sowohl revolutionäre Gedanken als auch traditionelle Werte übernommen hat. Daraus resultiert eine spezifische Mischung aus Progressivität und Konservatismus bzw. Fortschrittsdenken und Traditionsbewusstsein.

Dezentralisierung und (k)eine nationale(n) Institution(en)

Neben dem Nationalstolz (*national pride*) und Patriotismus (*patriotism*) zählt in den USA ein instrumentelles Staatsverständnis zu den Grundelementen der politischen Kultur. Nicht der Staat soll durch seine Organe der Gesellschaft vor- und übergeordnet sein, sondern umgekehrt. In den meisten Gesellschaftssektoren wird der Zentralismus emotional abgelehnt. Unmittelbar gewählte RepräsentantInnen – anstatt von den Parteien (oder den Einzelstaaten) ernannten VertreterInnen –, eine Verwaltung auf Zeit bzw. eine pragmatische Gestaltung des Zusammenlebens im Staat werden zentralen Bürokratien vorgezogen. Auch soziale Bewegungen organisieren sich in den USA nicht auf Bundesebene. Die Parteien zerfallen in regionale und lokale Einheiten. Anders als in Europa sind die Interessenverbände nicht eng mit den Parteien verbunden, sondern ebenfalls dezentral und lose organisiert. Eine nationale politische Institution in den USA repräsentiert allein der Präsident. Aus dieser Tatsache resultiert die innen- und außenpolitisch hervorgehobene Position des US-Präsidenten, aber auch eine mit vielen Mythen verbundene Überschätzung seiner realen Macht. Für seinen historisch gewollten Status als nationale Institution ist bezeichnend, dass lediglich der Präsident auf Bundesebene gewählt wird, die anderen BundespolitikerInnen – Abgeordnete zum Senat und Repräsentantenhaus – aber auf einzelstaatlicher bzw. lokaler Ebene.

Starke Gesellschaft und schwacher Staat

Eine Bilanz ergibt kollidierende Grundwerte als Ideologieersatz, auf Bundesebene relativ schwache Parteien, mit Ausnahme des Präsidenten nur schwach konturierte nationale politische Institutionen, fehlende Verknüpfungen zwischen den Staatsgewalten und widersprüchliche Einflussfaktoren im „Parlament“. Eine Konsequenz ist, dass theoretisch der politische Prozess in den USA vergleichsweise offen und zugänglich ist und primär durch die Öffentlich-



SchülerInnen geloben der US-amerikanischen Flagge ihre Treue (Pledge of Allegiance). Das Treuegelöbnis („*Ich schwöre Treue auf die Fahne der Vereinigten Staaten von Amerika und die Republik, für die sie steht, eine Nation unter Gott, unteilbar, mit Freiheit und Gerechtigkeit für jeden.*“¹) wurde 1942 vom Kongress in einem Gesetz verabschiedet. Häufig wird der Treueschwur gemeinsam bei öffentlichen Veranstaltungen geleistet. In öffentlichen US-amerikanischen Schulen gehört der Treueeid oft zum gemeinsamen morgendlichen Ritual.

© iStockphoto / Jani Bryson

keit anstatt von Gesetzen legitimiert wird. In Europa schwer verständliche Besonderheiten der US-Politik – etwa die Live-Berichterstattung von Gerichtsverfahren in den Medien – werden dadurch gerechtfertigt. Negative Begleiterscheinungen, zum Beispiel von den Massenmedien dramatisierte Sensationsprozesse wie 1995 das Strafverfahren gegen das frühere Sportidol Orenthal James „O. J.“ Simpson, werden bewusst in Kauf genommen.

Auch das Wesen des *lobbying* als Charakteristikum des US-Systems lässt sich so erklären. Aus dem Vorrang der Gesellschaft gegenüber dem Staat folgt, dass die Regierung in den USA weitgehend von privaten (Interessen-)Gruppen beeinflusst wird. Der Prozess des *policy-making* ist Resultat der Interaktion von Interessengruppen mit den offiziellen RepräsentantInnen der Politik. Im Unterschied zu europäischen Ländern – vor allem im Vergleich zur Sozialpartnerschaft Österreichs, aber auch gegenüber Schweden und der Bundesrepublik Deutschland – gibt es keine korporatistischen Verhandlungssysteme.

Überarbeitete Auszüge aus: Filzmaier, Peter/Plasser, Fritz: Die amerikanische Demokratie: Regierungssystem und politischer Wettbewerb in den USA. Wien 1997, S. 15–22.

- 1 Aus dem Artikel „Botschafter: Obama-Inauguration verwirklicht amerikanischen Traum“ in der Onlineversion von Der Standard, 21. Jänner 2009
- 2 Onlinequelle: <http://usa.usembassy.de/regierung-treueschwur.htm> (Stand: 13.2.2009)

Peter Filzmaier